



Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.



Newsletter

Berlin, 25. November 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 11 / 2011 II

CDU-Politiker rückt vom VW-Gesetz ab

Christdemokrat Lämmel vermeidet Bekenntnis zu VW / Minister Rösler schweigt

In der Debatte um den Bundeshaushalt für Wirtschaft und Technologie wurde es sehr deutlich: Wirtschaftsminister Philipp Rösler sieht dem aufziehenden Konjunkturerinbruch tatenlos zu. „Rösler wird seiner Verantwortung für unser Land nicht gerecht“, sagte Garrelt Duin, der für die SPD-Fraktion in mehreren Punkten mit dem Minister abrechnete.

Er hielt Rösler vor, zur erneuten Klage der EU-Kommission gegen das VW-Gesetz zu schweigen. „Ich erwarte vom Wirtschaftsminister, dass er sich zu Wort meldet.“ Er muss der Kommission klarmachen, die Hände vom VW-

Gesetz zu lassen. Der Grund für Röslers Schweigen sind neoliberale ordnungspolitische Vorstellungen, nach denen der Staat nichts in einem Konzern wie VW zu suchen habe. Indirekt erklärte auch der CDU-Abgeordnete Lämmel das VW-Gesetz für überflüssig. Er hält den Einfluss des Landes Niedersachsen im Konzern für überflüssig. Von dieser Meinung rückte er auch nach einer gezielten Frage des SPD-Abgeordneten Hubertus Heil nicht ab. Damit fällt er nicht nur der VW-Belegschaft, sondern auch seinem Parteifreund Ministerpräsident McAllister in den Rücken, der sich mit starken Worten gegen eine Klage der EU-

Kommission die Klage wandte.

Duin spießte in seiner Rede auch die Widersprüche in der Bundesregierung zu einer Finanztransaktionssteuer auf. Mit dieser Steuer sollen riskante Spekulationen erschwert werden. Während Finanzminister Schäuble, CDU, für eine solche Steuer streitet, erzählen Minister Rösler, FDP, oder der FDP-Finanzpolitiker Solms das Gegenteil. Duin: „Dieser Zickzack-Kurs schadet uns sehr in Europa und schmälert Glaubwürdigkeit und Einfluss.“

Um die Energiewende zu meistern, fordert Duin einen Masterplan.

Mein!

Die Morde an Mitbürgern ausländischer Abstammung und einer Polizistin beweisen: Es gibt bei uns organisierten rechten Terror, vernetzt, mit Helfern. Über Jahre haben sie geraubt und gemordet, obwohl sie dem Verfassungsschutz bekannt waren. Ist der Verfassungsschutz in Teilen auf dem rechten Auge blind, was eine eigentlich überwunden geglaubte Tradition fortsetzt? War es normaler Schlendrian, der Ermittler versagen ließ? Ist unser Föderalismus schuld daran? Viele offene Fragen. Sicher scheint mir: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, wie Bertolt Brecht 1955 über braune Gesinnung und Gewalt dichtete. Rassistische, antisemitische und parlamentsfeindliche Äußerungen gehören bei nicht wenigen gutbürgerlichen Menschen wieder zum guten Ton. Oft fehlt strenge Widerrede. Bezeichnend auch: Die Landesregierung hat als eine ihrer ersten Maßnahmen die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft, zu deren vornehmster Aufgabe die Aufklärung über rechte Gesinnung gehörte.

Garrelt Duin

Nur energieintensiven Betrieben helfen

Verbraucher bluten: Regierung weitet Liste der befreiten unnötig Betriebe aus

Stromkosten sind für nicht wenige Unternehmen ein dickerer Brocken auf der Kostenseite als Löhne und Gehälter. Deshalb steht die SPD-Bundestagsfraktion dazu, dass Unternehmen, die für die Produktion besonders viel Strom verbrauchen, die Netze kostenlos nutzen dürfen. Nur so bleiben die deutschen Betriebe wettbewerbsfähig. Sie zahlen

nach Dänemark die höchsten Strompreise in Europa. Das spüren besonders die „Energieintensiven“, wie dieses Beispiel beweist: Eine Megawattstunde in der Aluminium-Produktion kostet hierzulande 60 Euro, in Frankreich 35 und in Kanada 11. Jüngst ist die Befreiung von Netznutzungsentgelten ins Gerede gekommen. Der

Grund: Die Bundesregierung hat die Liste der Betriebe, die von Entgelten befreit oder entlastet werden, über alle Maßen ausgedehnt. Das geht auf Kosten der übrigen Verbraucher und führt zu Ärger. So profitieren Betreiber von Wärmepumpen und Nachtspeichergeräten von der Befreiung, entlastet werden sogar personalintensive Bürobetriebe.

Digitalisierung krepelt die Wirtschaft um

Industrieland Deutschland 3.0: Neue Informationstechnik verändert Produkte, Herstellung und Arbeitsprozesse

Eine hochrangig besuchte Konferenz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) beleuchtete die Digitalisierung und ihre Folgen auf die Wirtschaft. Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sieht Chancen auch für mittelständische Unternehmen. Sie können den Wandel durch die Digitalisierung aber nur meistern, wenn auch in Randlagen der Zugang zum schnellen Internet gesichert wird. Auch bei der Fachkräfte- und Kapitalfrage muss der Staat einen soliden Rahmen schaffen.



Angeregte Diskussion beim BDI: Gerhard Schempp (Geschäftsführer ESG GmbH), Michael Kleinemeier (Geschäftsführung SAP Deutschland, verdeckt), Niek Jan van Damme (Vorstand Deutsche Telekom AG), Anke Plättner (Moderation, WDR/ARD-Hauptstadtstudio), Garrelt Duin, Alf Henryk Wulf (CEO Alcatel Lucent Deutschland AG) (von links).

Pflege: „Konjunkturversprechen für Versicherungen“

Pflegereform der Bundesregierung: Bessere Hilfe für Demenz-Kranke auf längere Zeit vertagt

Die Bundesregierung hat vollmundig das „Jahr der Pflege“ ausgerufen - aber daraus ist noch nicht einmal eine Woche geworden. Pflege unter Gesundheitsminister Bahr, FDP, bedeutet: Versprochen, vertagt, versagt. Der

Pflegebeschluss der Bundesregierung lässt keine andere Wertung zu. Eine echte Pflegereform wird es von dieser Regierung bis zur Wahl im Herbst 2013 nicht mehr geben. Sie hat einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und damit

spürbare Leistungsverbesserungen für Demenz-Kranke auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Mit höheren Beiträgen will Minister Bahr geringe Verbesserungen

erreichen. Er rechnet mit einer Million Euro Mehreinnahmen. Unkonkret bleiben auch die Pläne zum „Pflege-Bahr“. Duin: „Es ist ein Konjunkturversprechen für Versicherungen, jedenfalls keine gute Sozialpolitik.“

Kinder schützen

Kinderrechte stärken - Schutz vor sexueller Gewalt

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind in der UN-Kinderrechtskonvention, der Charta der Grundrechte der EU und der EU-Kinderrechtsstrategie verbindlich festgehalten. Aber Papier ist geduldig. Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt deshalb von der Bundesregierung, die geltenden Gesetze zu überprüfen, ob sie mit der UN-Kinderrechtskonvention übereinstimmen. Vor allem das Asylverfahrensgesetz und das Aufenthaltsgesetz verlangen neue Re-

geln. Duin: „Außerdem wollen wir Kinderrechte im Grundgesetz verankern.“ In der Kinder- und Jugendhilfe möchte die SPD Ombudsstellen. In Zusammenarbeit mit Kinderschutz-Organisationen und interessierten Bürgern muss der Nationale Aktionsplan fortgeschrieben werden. Die SPD unterstützt die Kampagne des Europarats gegen sexuelle Gewalt an Kindern. Eltern und andere Bezugspersonen sollen für das Thema sensibilisiert und über die Gefahren aufgeklärt werden.

Duin: „Wir fordern, sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche international zu bekämpfen.“

Manche sind gleicher

Vertrauen in Marktwirtschaft schwindet

Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in das gegenwärtige Wirtschaftsmodell. In einer frischen Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zweifeln 68 Prozent der Befragten, dass es Chancengleichheit gibt. Fast genau so viele glauben, dass Leistung sich nicht lohnt. Duin: „Damit wird ein zentrales Versprechen, das mit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft verbunden ist, nicht eingelöst. Es lautet, dass Leistung sich lohnt und Anstrengungen mit Aufstiegs-Chancen verbunden sind.“

Diese Erwartung an die Leistungsgerechtigkeit der Gesellschaft

wird massiv verletzt. Schlechte Bildungs-Chancen für Kinder aus finanziell schwächeren Familien, prekäre Arbeit und geringe Löhne hinterlassen ihre Spuren.

Die SPD verlangt seit langem, mehr Geld für Krippen, Kitas, Schulen und Universitäten auszugeben und Studiengebühren zu kappen. Union und FDP verpulvern stattdessen Milliarden für ein sinnloses Betreuungsgeld, statt es in Krippen zu stecken. Beim Mindestlohn handeln sie nur halbherzig. Die SPD unterstützt die Gewerkschaften in ihrer Forderung nach mehr Lohn.

Tor zum Hafen steht offen

Nach Landtausch: Neuer Emdener Hafen kann kommen

Bund und Land haben große Gelände auf dem Rysumer Nacken und dem Wybelsumer Polder getauscht und damit die Voraussetzung geschaffen, dass auf dem Rysumer Nacken ein neuer Emdener Hafen gebaut werden kann. Ministerpräsident McAllister und der Parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Ferlemann, unterschrieben in Hannover die Verträge. Mit dabei waren der Emdener Oberbürgermeister Bernd Bornemann, sein Vorgänger Alwin Brinkmann und Garrelt Duin als einziger ostfriesischer Bundestagsabgeordneter.

Die Unterschriften-Zeremonie im Gästehaus der Landesregierung war dem Anlass angemessen: Sie stößt das Tor auf zu einer neuen Hafen-Generation. Ein Hafen auf dem Rysumer Nacken sorgt dafür, dass künftig der größte Teil der

weltweiten Großschiffahrts-Flotte Emden anlaufen kann. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für das künftige wirtschaftliche Wohl der Stadt Emden und ganz Ostfrieslands. Duin: „Die Landesregierung ist jetzt am Zuge, die planerischen und vor allem finanziellen Voraussetzungen für den Hafenbau zu schaffen.“

Mit dem Tausch besitzt das Land 500 Hektar auf dem Rysumer Nacken, wo es Hafen- und Industriegebiet entwickeln kann. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) des Bundes kann auf dem 250 Hektar großen Wybelsumer Polder künftig Schlick von Emsbaggerungen lagern. Beide Seiten bringen in den Tausch einen Gesamtwert von jeweils rund 31 Millionen Euro ein. Duin: „Eine Win-Win-Situation für zwei Staatsorgane.“

Rechtes Auge blind

Rechtsradikalismus: Regierung wollte weniger zahlen

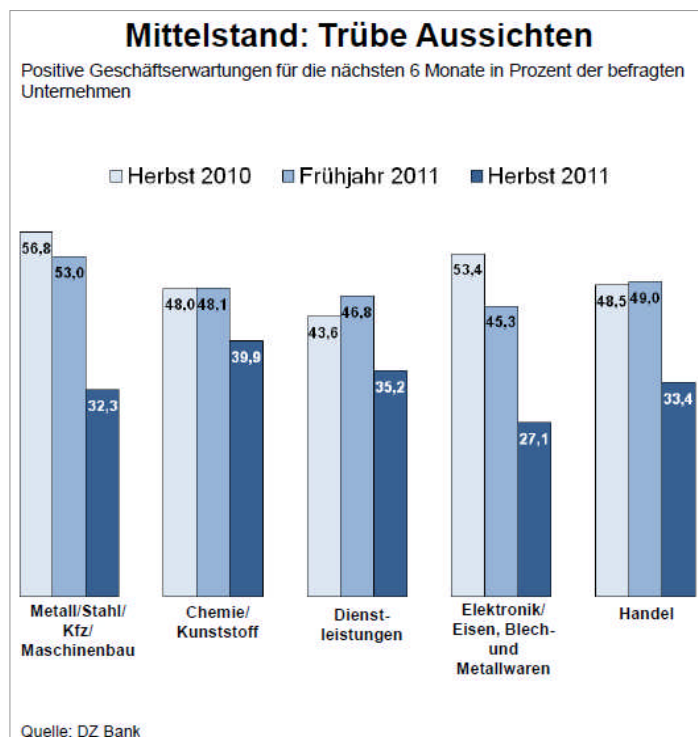
Unions-Politiker wie der niedersächsische Innenminister Schünemann haben den Rechtsradikalismus jahrelang verharmlost, verkannt oder gar geleugnet. Auch die Bundesregierung kann ihre Hände nicht in Unschuld waschen. So wollte die zuständige Bundesministerin Kristina Schröder, CDU, die seit 2008 geförderten Initiativen gegen den Rechtsradikalismus vor allem in Ostdeutschland um zwei auf 22 Millionen Euro kürzen. Vor dem Hintergrund der Mordserie des Zwickauer Neonazi-Trios wurde sie jedoch von Unions-Fraktions-Chef Kauder zurückgepfiffen, nachdem die Opposition ordentlich Druck gemacht hatte.

Frau Schröder hatte scheinheilig beklagt, dass die Mittel nicht abgerufen worden seien. Dabei ist sie selbst dafür verantwortlich,

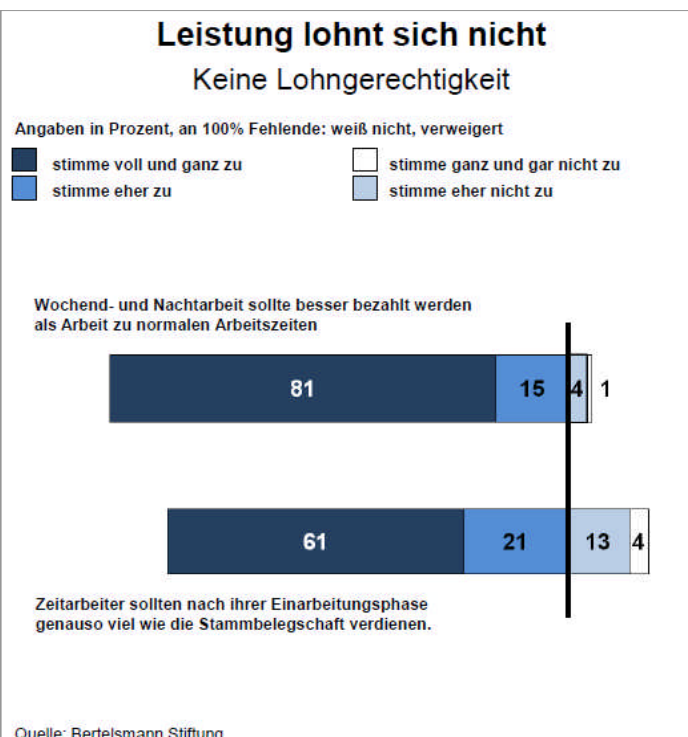
weil sie eine hohe Ko-Finanzierung von 50 Prozent verlangt. Rechenbeispiel: Für ein 20.000-Euro-Projekt muss die betreffende Kommune 10.000 Euro aus eigener Kasse aufbringen. Garrelt Duin: „Das können viele Kommunen nicht bezahlen.“ Entlarvend: Initiativen gegen Linksextremismus müssen mit 10 Prozent deutlich weniger von den Kommunen mitfinanziert werden.

Ministerin Schröder besteht weiter auf die Extremismus-Erklärung, die alle unterzeichnen müssen, die Geld vom Ministerium für ihre Anti-Neonazi-Aktionen haben wollen. Außerdem müssen sie erklären, dass alle Projektpartner gute Demokraten sind - orientiert an den Verfassungsschutzberichten. Die aktuelle Debatte zeigt, wie wackelig diese Zwangserklärung ist.

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb



Die Krise kommt in Deutschland an, jedenfalls erwartet das der deutsche Mittelstand. Nur noch ein Drittel der Befragten in einer repräsentativen Umfrage der DZ Bank geht davon aus, dass sich die Geschäftslage im nächsten Halbjahr verbessert. Seit Frühjahr 2010 sind parallel zur wachsenden Krise in der Eurozone die Geschäftserwartungen eingebrochen, besonders stark in den letzten Monaten. Die Regierung verweigert Anreize für die Konjunktur.



Im Mittelpunkt der Leistungsgerechtigkeit steht die Lohnfrage. Eine große Mehrheit von 96 Prozent fordert, dass besonders belastende Arbeit besser bezahlt wird - jedenfalls relativ zur Normalarbeit. 82 Prozent der Befragten unterstützen das Gebot „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, insbesondere auch für Leiharbeiter. Die Menschen empfinden die Ungleichbehandlung von Leiharbeit und Stamarbeit als ungerecht.

Fracking

Regierung orientierungslos

Bevor weiter nach so genanntem unkonventionellem Erdgas aus Schiefer mit dem Fracking-Verfahren gebohrt wird, muss der Rechtsrahmen neu gefasst werden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung und umfassende Informations- und Beteiligungsregeln. Es muss verboten sein, in Trinkwasserschutzgebieten zu bohren, auch Haftungsfragen sind zu klären. Behörden müssen in die Lage versetzt werden, das Gefährdungspotenzial durch Fracking richtig einzuschätzen. Umweltminister Röttgen, CDU, hat das Problem lange verkannt und dann verharmlost, jetzt ist er orientierungslos.



Auch in diesem Jahr beteiligte sich Garrelt Duin am bundesweiten Vorlesetag. Im Kindergarten „Schwalfke“ der Awo in Larrelt las er einen Text aus der Reihe „Der kleine Rabe Socke“ vor. Er tat es gern und ermuntert Eltern, ihren Kindern regelmäßig vorzulesen - denn Geschichten hören fördert Konzentration, Phantasie und sprachliche Entwicklung. Nach der Lesestunde informierte sich Duin bei Kindergarten-Leiterin Ilona Denkena über Fragen der Kinderbetreuung.

“Der kleine Rabe Socke“

Wachstum als Gegenmittel zur Krise

SPD-Bundestagsfraktion: Neuen Europäischen Haushalt ausreichend ausstatten

Wenn Europa als Union und als Idee langfristig bestehen soll, ist eine strategische und politische Neuausrichtung nötig. Ein Mittel dazu bietet der nächste Haushalt der Europäischen Union, der für fünf Jahre ab 2014 ausgelegt ist. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass der Haushalt ausreichend ausgestattet sein muss, um die neuen Aufgaben nach der Krise bezahlen zu können. Denn Europa braucht Wachstum.

Garrelt Duin: „Wir geben gesamt-europäischen Vorhaben den Vorrang.“ Das meiste Geld soll in Wachstum, Innovation, Forschung, Bildung und Investitionen in Infrastruktur gesteckt werden. Die SPD verlangt in einem Antrag

an die Bundesregierung, den mittelfristigen Finanzrahmen der EU nach effizienter Mittelverwendung, europäischem Mehrwert und Solidarität auszurichten. Alle europäischen Projekte müssen parlamentarisch kontrolliert werden. Duin: „Es darf keine Schattenhaushalte geben.“

Die EU soll mit 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens aller EU-Staaten gefüttert werden. Mit diesem Geld muss sie auskommen, Schulden sind untersagt. Die SPD legt Wert darauf, dass politische Prioritäten wie die Europa-2020-Strategie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung angemessen finanziert werden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik darf

nicht zu Handelsverzerrungen führen und soll der Entwicklung ländlicher Gebiete dienen.

Ihr Augenmerk richtet die SPD auf die Umverteilung von Mitteln zwischen reichen und ärmeren Regionen (Kohäsionspolitik). Die Instrumente der Struktur- und Kohäsionspolitik sind in einem Konvergenzfonds zusammenzuführen. Um die Mittel effizient auszugeben, sind ein gemeinsames strategisches Konzept, funktionsfähige Verwaltungen in den Mitgliedsstaaten und flexible Regelungen zu Ko-Finanzierung notwendig. Ko-Finanzierung bedeutet, dass Nehmerländer einen bestimmten Teil selbst zu Finanzhilfen der EU beisteuern müssen.

Spruch der Woche

„Ich empfehle unserer Parteiführung, ab sofort morgens wieder kalt zu duschen.“

Holger Zastrow, FDP-Vizechef, über den Dämmer-schlaf seiner Partei



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink, Christian Kruppa